

«Die SP hat die Konkordanz gebrochen»

Von Erik Ebnetter — Alt Bundesrat Christoph Blocher erhofft sich nach dem Linksrutsch eine engere Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien, um die Sozialwerke zu sanieren. Seine SVP sieht er in der Pflicht, die Gespräche für eine neue Zauberformel anzustossen.

Herr Blocher, die *Weltwoche* fragt zum Jahresauftakt die Parlamentarier, was die Schweiz besser machen könne. Wie lautet Ihre Antwort?

Die Stärken der Schweiz erhalten, die Gefahren erkennen und dafür sorgen, dass die Politiker keine Dummheiten machen. Hauptgefahr ist das geplante institutionelle Rahmenabkommen mit der EU.

Das wird kaum dieses Jahr entschieden.

Sind Sie so sicher? Hinter den Kulissen läuft im Halbdunkeln vieles. Die Gewerkschaften werden ihren Widerstand wohl schon bald aufgeben. Verwaltung und Bundesrat basteln unterdessen daran, das Abkommen dem obligatorischen Referendum zu entziehen, obwohl es die verfassungsmässig garantierte Unabhängigkeit der Schweiz beseitigen würde. Man will nicht, dass die Kantone mitbestimmen, weil man ihr Nein fürchtet.

Wenn das stimmt, hat die SVP vielleicht einen strategischen Fehler gemacht.

Welchen?

Guy Parmelin hätte das Justizdepartement übernehmen können, als vor gut einem Jahr die Zuständigkeiten im Bundesrat neu verteilt wurden. Die Frage, ob das Rahmenabkommen dem obligatorischen Referendum unterliegt, wird massgeblich im Bundesamt für Justiz beurteilt. Ein SVP-Justizminister könnte darauf Einfluss nehmen.

Am finalen Entscheid würde dies nichts ändern.

Warum nicht?

Als ich Bundesrat war, stellte mein Justizdepartement einen fundierten Antrag, das Schengen/Dublin-Abkommen dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Der Bundesrat setzte sich kaltschnäuzig darüber hinweg. Gerade in der Europapolitik wird die Bundesverfassung leichtfertig übergangen.

Das ist ein ziemlich schwer wiegender Vorwurf.

Wer die Verwaltung nicht beaufsichtigt und kritisiert, wird deren Untertan. Der institutionelle Rahmenvertrag ist vor allem das Werk der Beamten. Einer wie Ignazio Cassis, der sanften Widerstand gegen die eigenmächtige Verwaltung leistet, muss von links sogar mit der Abwahl rechnen. Didier Burkhalter frass diesem linken Knäuel regelrecht aus der Hand. >>>



«Der Wille zu Freiheit und Unabhängigkeit hat etwas nachgelassen»: SVP-Doyen Blocher, 79.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

Nehmen Sie nur seinen letzten wichtigen Personalentscheid: Er ernannte mit Pascale Baeriswyl eine sehr linke Sozialdemokratin ohne Rüstzeug zur Staatssekretärin. Wie kommt ein Freisinniger dazu? Cassis hat dies korrigiert. Das ist eine beachtliche Leistung.

Gleichzeitig ist zu hören, Cassis sei der einzige Bundesrat gewesen, der das Rahmenabkommen ohne Konsultation unterschreiben lassen wollte.

Seine Beamten, die meist schon lange mit Kopf und Herz in der EU sind, wollten sicher keine Konsultation. Eher wird ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, als dass die Mehrheit im Aussendepartement für die verfassungsmässige Unabhängigkeit der Schweiz eintritt. Wieweit und wie beiseelt Bundesrat Cassis die Meinung seines Departements im Bundesrat eingebracht hat, weiss ich nicht. Jedenfalls hat der Bundesrat richtig entschieden.

Kann Cassis seine Leute im Departement nicht einfach überstimmen?

Überstimmen nicht. Aber dem Bundesrat das Gegenteil empfehlen. Vielleicht hat er das getan, vielleicht zurückhaltend.

Wie kommen Sie darauf?

Wir können nicht in Herz und Seele von Bundesräten blicken. Aber man kann erahnen, was sie bewegt. Cassis ist Tessiner – zum Glück. Ihm ist es zu verdanken, dass der Rahmenvertrag für alle in der Landessprache vorliegt. Wer das Rahmenabkommen liest, kann es nur ablehnen. Ich kenne keinen Unternehmer, der einen solchen Vertrag für seine Firma abschliessen würde. Das Problem ist allerdings, dass die meisten den Vertrag nicht lesen.

Heisst das, Sie rechnen mit einem Ja?

Der ehemalige Gewerkschaftssekretär und hervorragende Wirtschaftspublizist Beat Kappeler – leider kein SVPLer – sagte kürzlich, er sei sich sicher, dass das Schweizer Volk das Rahmenabkommen nie gutheissen werde. Ich hoffe, er behält recht.

Sie sind skeptischer?

Nach so vielen wirtschaftlich guten Jahren hat der Wille zu Freiheit und Unabhängigkeit etwas nachgelassen. Eine solche Entwicklung führt normalerweise zu Bevormundung.

Die Befürworter des Rahmenabkommens argumentieren vor allem wirtschaftlich: Ohne Vertrag würde die Schweiz den Marktzugang zu ihrem wichtigsten Handelspartner aufs Spiel setzen.

Das ist dummes Zeug! Die Schweiz hat mit der EU seit 1972 einen Freihandelsvertrag. Das ist unser wichtigstes gemeinsames Abkommen, und es gehört nicht zu den Bilateralen. Klugerweise hat der Bundesrat vorgeschort, dass es auch mit

Grossbritannien gilt, wenn der Brexit kommt. Die Bedeutung der Bilateralen wird masslos übertrieben, zuletzt ja wieder im *Tages-Anzeiger*.

Wann genau meinen Sie?

Zum Jahresende schrieb die Chefredaktorin in ihrem Leitartikel, die Rezession der neunziger Jahre sei dank den Bilateralen I überwunden worden. Fake News! Die Neunziger-Rezession war die Folge der wirtschaftlichen Überhitzung in den achtziger Jahren und endete 1997, also deutlich vor der Unterzeichnung der Bilateralen I. Das ist in jeder Handelsstatistik nachprüfbar.

Wie erklären Sie es sich, dass sich diese längst widerlegte Behauptung so hartnäckig hält? Das ist ja nicht nur im *Tages-Anzeiger* zu lesen.

Ein bedeutender Industrieller hat mir einmal gesagt: «Wählt nur Leute, die von Wirtschaft nichts verstehen.» Diesen Leuten könne man jeden ökonomischen Bären aufbinden, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Es sind Organisationen wie Economiesuisse, die solche Artikel mit ihrer Propaganda prägen.

Weshalb sollte Economiesuisse die EU-Anbindung propagieren, wenn dies der Wirtschaft gar nichts nützt, wie Sie sagen?

Es mag einzelne Unternehmen geben, die von der Anbindung profitieren. Diese schadet aber der Volkswirtschaft, und Economie-

«Wir müssen wettbewerbsfähiger sein als die EU, um unseren höheren Wohlstand zu halten.»

suisse vertritt eben nicht die Volkswirtschaft, sondern Eigeninteressen. Sie wird dominiert von den Gross- und staatsnahen Konzernen. Die eigentlichen Schweizer Firmen, die mit starken Produkten weltweit führend sind – und davon gibt es viele –, wollen nicht dieselben Rahmenbedingungen haben wie ihre Konkurrenten in den Nachbarländern, sondern bessere. Wir müssen wettbewerbsfähiger sein als die EU, um unseren höheren Wohlstand zu halten. Gefährlich ist, wie staatsnah die Grosskonzerne geworden sind.

Welche Unternehmen meinen Sie?

Zum Beispiel die Pharmabranche, die hochreguliert ist. Der Staat bestimmt sogar die Medikamentenpreise. Glauben Sie, diese Firmen können ein Prestigeobjekt des Bundesrats wie den Rahmenvertrag ablehnen? Dasselbe gilt für die Banken. In persönlichen Gesprächen räumen deren Chefs das sogar ein. Man könne keine Kritik an der Verwaltung üben, denn man habe die Aufsichtsbehörde schon die ganze Zeit im Haus. Auch fast die ganze Stromwirtschaft ist staatlich.

Economiesuisse sagt: Zwei Drittel des Schweizer Wohlstands werden im und mit dem Ausland erwirtschaftet.

Ja und? Deswegen braucht man doch seine Entscheidungsfähigkeit nicht preiszugeben. Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie Produkte anbietet, die qualitativ so gut sind, dass sie abgekauft werden. Es ist einfacher, solche Produkte in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung herzustellen. Wir dürfen uns auf keinen Fall in diese zentralistische, bürokratische EU institutionell einbinden lassen. Die Grossunternehmen sind ja sogar bereit, den freien Arbeitsmarkt zu opfern.

Ein anderes Thema, das die Wirtschaft umtreibt, sind die Negativzinsen. Wie beurteilen Sie die Geldpolitik der Nationalbank?

Die Unternehmen unserer Familie profitieren als Exporteure von einem schwachen Franken. Aber profitiert auch die Schweiz davon? Die Antwort ist klar nein.

Ist die Nationalbank nicht einfach eine Getriebene der Europäischen Zentralbank?

Das ist eindeutig so, aber sie müsste das nicht in diesem Ausmass sein. Wenn der Euro in einer ohnehin schwierigen Situation, wie nach der Bankenkrise ab 2008, von 1.60 auf 1 Franken abstürzt, kann es sinnvoll sein, den Kurs auch einmal zu stützen. Wenn man das macht, muss man aber wissen, wie man da wieder rauskommt. Es geht auch nicht nur um die Negativzinsen.

Sie meinen die Interventionen am Devisenmarkt?

Die Nationalbank unternimmt alles Mögliche, um den Franken tief zu halten. Durch das geschaffene Geld ist die Schweiz der grösste Gläubiger von Deutschland, und Deutschland ist der grösste Gläubiger von Italien, dessen direkter Gläubiger die Schweiz auch noch ist. Das sind unglaubliche Risiken. Was, wenn Italien kollabiert?

Das wäre vielleicht ein Thema für die SVP in diesem Jahr.

Natürlich ist das ein Thema für uns. Die SVP ist der Meinung, dass die Nationalbank ihren Kurs ändern und auch auf Negativzinsen verzichten soll. Die ganze Altersvorsorge ist gefährdet. Für die zweite und dritte Säule sind Negativzinsen unhaltbar. Davon sind alle betroffen. Was soll ein Familienvater machen, wenn er 400 Franken im Monat auf die Seite legen will? Man verweigert ihm Sicherheit und Zins.

Was die unsicheren Renten angeht, ist von der SVP aber nicht sehr viel zu hören. Ähnliches gilt für die steigenden Krankenkassenprämien. Das kritisierte kürzlich ja sogar Ueli Maurer.

Die SVP hat seinerzeit das Grundübel der teuren Krankenkassenprämien – nämlich das Krankenversicherungsgesetz – abgelehnt. Ebenso die Personenfreizügigkeit,



«Starke Produkte»: Unternehmer Blocher.

durch die viele Menschen mittleren Alters ins Land kommen, die in ihren jungen, gesunden Jahren nichts in das System einbezahlt haben, nun aber dessen Leistungen genau gleich beziehen. Was sollen wir zusätzlich tun? Im Kanton Zürich verlangen wir zum Beispiel, dass die Krankenkassenprämien von den Steuern abgezogen werden können.

Was sind Ihre Lösungsvorschläge bei der Altersvorsorge?

Die SVP hatte bei der AHV ein klares Ziel: keine Leistungskürzungen und keine höheren Lohnabzüge und Mehrwertsteuern. Weil wir damit keine Mehrheit fanden, entschieden wir uns, mit den bürgerlichen Parteien wenigstens eine Kompromisslösung zu erreichen. Bei der zweiten Säule sollen die einbezahlten Prämien nicht durch Umverteilung zunichtegemacht werden. Der Bundesrat geht diesen falschen Weg. Das lehnen wir ab.

Was wollen Sie dagegen tun?

Nachdem Links-Grün so zugelegt hat, ist es nun vielleicht möglich, dass die SVP als grösste Partei die Initiative ergreift, um mit FDP und CVP ein Rettungskonzept zu entwerfen.

Nach welchem Muster?

Nicht nach dem Muster von Alain Berset. Er überlässt die Lösung den Sozialpartnern und geht mit deren Vorschlag in die Vernehmlassung. Natürlich schauen die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, dass sie dabei möglichst gut wegkommen. Wer soll das bezahlen? Dem Mittelstand nimmt man die Rente durch Umverteilung, und die Jungen bekommen höhere Lohnabzüge aufgedrückt.

Gibt es Anzeichen, dass SVP, FDP und CVP nach dem Linksrutsch enger zusammenarbeiten?

Ich bin zuversichtlicher als auch schon, erst recht, weil die SP bei den Bundesratswahlen die Konkordanz gebrochen hat.

Wie soll sie das getan haben?

Sie verlangte, dass die Bürgerlichen die beiden SP-Bundesräte wählten, und zwar gemäss bestehender, rechnerischer Zauberformel. Gleichzeitig unterstützte sie Regula Rytz von den Grünen statt Ignazio Cassis von den Freisinnigen. Das ist der Bruch der Konkordanz. Man kann Konkordanz nicht allein bestimmen.

Sie verstehen unter der bestehenden Zauberformel die Aufteilung der Bundesratssitze nach Wähleranteilen?

Ja, genau. Je zwei Sitze für die drei wählerstärksten Parteien und einen Sitz für die viertstärkste.

Die CVP sagt, man könne nicht nur auf den Wähleranteil schauen, sondern müsse auch die Fraktionsgrösse berücksichtigen.

Das ist Schlaumeierei. Die Fraktionsgrösse kann über Listenverbindungen und Fraktionsfusionen manipuliert werden. So wird der Wählerwille verzerrt.

Braucht es eine neue Zauberformel, wenn die bisherige nicht mehr recht gilt? Die Grünen haben neuerdings ja einen höheren Wähleranteil als die CVP.

Die Zauberformel und die Konkordanz haben den Zweck, möglichst viele relevante Kräfte des Parlaments in die Regierung einzubinden. Die vier Bundesratsparteien vertraten 1959, als die Zauberformel entstand, 85 Prozent der Wähler. Heute sind es knapp 70 Prozent. Sollten die Verhältnisse gleich bleiben, ist eine Änderung ins Auge zu fassen.

«Man darf nicht immer auf Wahlerfolge schießen. Wichtiger ist es, glaubwürdig zu bleiben.»

Die CVP ist nicht mehr viertstärkste Partei, und rechnerisch sind SP und FDP mit je zwei Sitzen übervertreten.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Das müssen die Parteien miteinander klären. Die SVP als stärkste Partei muss dies anregen und bereit sein, solche Gespräche zu führen.

Das wird auch eine Aufgabe des neuen Präsidenten sein.

Ja, sicher.

Kennen Sie seinen Namen schon?

Nein. Die Partei hat sich für den Weg über eine Findungskommission entschieden, und die Kantone können Vorschläge machen. Ich hoffe, dass jemand bereit ist, dieses Amt zu übernehmen. Wer immer es sein wird, muss Freude daran haben, die Partei

voranzubringen, mit Seele, Geist und Leidenschaft. Er darf Kritik nicht scheuen, und er darf nicht an sich und seine Wahlchancen denken.

Ist das eine Kritik am abtretenden Präsidenten Albert Rösti, der in der Nationalratswahl schweizweit das beste Ergebnis erzielt hatte?

Nein, gar nicht. Was ich sage, muss kein Widerspruch sein. Ich habe viele Jahre als Präsident der treibenden Zürcher Sektion die schweizweit höchste Stimmenzahl erreicht, und trotzdem legte die Partei zu.

Wer kommt als Nachfolger für Rösti in Frage?

Wenn wir das wüssten, brauchten wir keine Findungskommission. Fähige Leute haben wir.

An wen denken Sie?

Jetzt schon einen Kandidaten zu nennen, wäre des Kandidaten Tod.

Kann man SVP-Präsident werden ohne Ihren Segen?

Ja, klar. Die SVP ist eine demokratische Partei. Mitreden können alle Mitglieder – auch ich. Aber am Schluss entscheiden die gewählten Gremien.

Ihre Stimme hat doch mehr Gewicht.

Vielleicht will man von meiner Erfahrung profitieren. Und wenn man mich fragt, sage ich: «Der Kurs, den wir fahren, stimmt.» Man darf nicht immer auf Wahlerfolge schießen. Viel wichtiger ist es, inhaltlich glaubwürdig zu bleiben.

Ganz ohne Wahlerfolge geht es aber nicht, sonst lässt sich ja kaum etwas durchsetzen.

Das eine tun und das andere nicht lassen. Wir haben für zwei Bundesratssitze gekämpft, ohne deswegen die zentralen Positionen preiszugeben. In der Konkordanz ist jede Partei in der Regierung und gleichzeitig in der Opposition. Die Oppositionen ausserhalb der Regierung sind in der Schweiz dafür oft treue Regierungsparteien wie heute die Grünen.

Vielleicht führen die Grünen den Bundesrat so ja heimlich.

Das war in den neunziger Jahren unser Ziel. Aber Opposition ist in der Schweiz gar nicht richtig möglich.

Die SVP hat es nach Ihrer Abwahl aus dem Bundesrat trotzdem versucht.

Das hat nicht funktioniert. Es ist auch unschweizerisch. Eine Partei, die in den Kantonen mit den gleichen Parteien mitregiert, kann im Bund nicht richtig opponieren. Wir machten in der Fraktion einmal eine Abstimmung, ob wir in die Opposition gehen sollten. Es gab keine Mehrheit, aber nicht, weil so viele Nein-Stimmen gekommen wären, sondern weil sich so viele enthielten. Sie sehen an diesem Beispiel: Die Schweizer meiden die Opposition sogar, wenn sie in die Opposition getrieben werden. ○